

Parlamentarischer Vorstoss

2026/5560

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Dolmetscher- und Übersetzungskosten dem Verursacher in Rechnung stellen
Urheber/in:	Nicole Spiegel-Roth
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	21. Mai 2026
Dringlichkeit:	—

Die Beantwortung der Interpellation [2025/548](#) hat gezeigt, dass sich die jährlichen Ausgaben des Kantons Basel-Landschaft für Dolmetscherdienste auf mehrere hunderttausend Franken belaufen. Diese Dolmetscherdienste werden mehrheitlich vom Kanton, teilweise auch vom Bund getragen. Der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen soll weiterhin möglich bleiben. Es wirkt aber unfair und zu teuer, wenn alle Kosten dafür pauschal von der Allgemeinheit bezahlt werden. Darüber hinaus dürfte eine konsequentere Kostenüberwälzung zu einem bewussteren Umgang mit Übersetzungsleistungen führen, Doppelspurigkeit vermeiden und die Eigenverantwortung stärken. Ebenfalls trägt es zur Entlastung des Staatshaushalts bei und stärkt den Anreiz zum Spracherwerb und zur Integration.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche:

- die gesetzliche Grundlage schafft, so dass sämtliche Dolmetscher- und Übersetzungskosten, die im Rahmen von staatlichen oder staatlich subventionierten Institutionen anfallen, den Verursachenden in Rechnung gestellt werden (kantonaler sowie kommunaler Ebene);
 - das Verursacherprinzip als leitenden Grundsatz in allen Bereichen festschreibt, in denen keine zwingenden bundes- oder völkerrechtlichen Verpflichtungen bestehen, die eine staatliche Übernahme der Kosten vorschreiben;
 - klare Kriterien und Ausnahmen formuliert, insbesondere:
 - o bei Fällen, in denen die Kostenübernahme aus rechtlichen (z.B. Strafverfahren) oder sozialen (z.B. Menschen mit Behinderung) Gründen zwingend beim Kanton verbleiben muss;
 - Transparenzvorschriften einführt, sodass sämtliche Direktionen und Institutionen künftig Dolmetscherkosten separat erfassen und jährlich in einer Übersicht veröffentlichen müssen;
-

- eine Verordnungsgrundlage vorsieht, die eine einheitliche tarifliche Abrechnung und Inkassostruktur schafft.